

Bremer Rundschau



Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei | Bremen

48. Jahrgang

Nr. 5

Dezember 2025

Armut, Insolvenzen, Obdachlosigkeit und zwei Geschenke

Morgen, Kinder, wird's nichts geben



„Jetzt werden es in diesem Jahr halt Ausstechplätzchen. So das günstigste Rezept“, erzählt Nadine Rosenberger der „Bremer Rundschau“. Die Alleinerziehende lebt mit ihren achtjährigen Zwillingstöchtern in Bremen. Sie muss umziehen, da die alte Wohnung gekündigt wurde. Gegenüber der BR sagt sie: „Dieses Jahr steht gar nichts auf dem Wunschzettel. Was ich erarbeite, muss ich schnell wieder fürs Lebensnotwendiges ausgeben.“

„Die Insolvenzgeschehen in Deutschland zeigen einen dynamischen Anstieg in der Zahl der Firmenpleiten“ – so das Statistische Bundesamt Anfang Dezember. Die Amtsgerichte meldeten 17.847 Insolvenzanträge und damit 23,1 Prozent mehr als bis November 2024 – „der höchste Stand seit 2015“. Da jeder Anstieg bei Firmeninsolvenzen mit unerbittlicher Logik Arbeitslosigkeit nach sich zieht, wird die Verarmung zunehmen.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe wies darauf hin, dass mittlerweile 1.029.000 Menschen bei Freunden und Bekannten oder in Notunterkünften nächtigen, weil sie sich aufgrund der explodierenden Mieten keine eigene Wohnung leisten können – durch die offiziellen Zahlen aber geistert weiter die verniedlichende Zahl von 56.000 Obdachlosen, die offiziell auf der Straße leben.

Das wurde seitens der Bundesregierung ganz offensichtlich aufmerksam registriert – allerdings nicht, um die beruflichen Perspektiven für die Jugend dieses Landes zu verbessern, sondern um ihre zunehmende Notlage kalt und zynisch auszunutzen. Sie packt deshalb gleich zwei Geschenke zu Weihnachten: Das Bürgergeld wird erneut umbenannt und soll nun Grundsicherung heißen, vor allem aber soll gestrichen und sanktioniert werden, wenn die Armen sich nicht fügen. Worein sich die jungen Armen fügen sollen, wurde am 5. Dezember beschlossen: Mit der Wiedereinführung der Wehrpflicht wurden gleichzeitig eine Erhöhung des Gehalts im Grundwehrdienst und weitere finanzielle Anreize beschlossen. M.S.

Der rote Kommentar

Bremerhaven: 1,35 Milliarden Euro für NATO-Kriegsvorbereitung

Das deutsche Kriegsministerium investiert bis 2031 1,35 Milliarden Euro in den Hafen von Bremerhaven. Mit dem Geld soll der Hafen militärisch ausgebaut und zur NATO-Drehscheibe aufgerüstet werden. Die Stadt soll zentrale logistische Schaltstelle für Waffen, militärisches Großgerät und Truppenverlegungen nach Osteuropa werden.

Die in der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung vertretenen Parteien feiern das als Erfolg für die Stadt. "Das ist die mit Abstand höchste Förderung, die der Bund jemals für ein Projekt im Land Bremen bereitgestellt hat", jubilierte Bremens Regierungschef A. Bovenschulte (SPD) und verschweigt einerseits, dass die Förderung der NATO-Kriegsvorbereitung gegen Russland dient und andererseits damit zivile Infrastruktur in eine militärische Zielzone verwandelt wird. Glaubt Bovenschulte denn wirklich, dass im Falle eines NATO-Angriffskrieges gegen Russland in fünf bis sechs Jahren der militärische Hafen in Bremerhaven heil und damit zukunftsfähig bleibt? Rechnet der Bremer Bürgermeister nur in so kurzen Lebenszeitspannen?

Es ist schon erstaunlich wie sich die Opportunisten und Kriegstreiber in der SPD wie das Fähnlein im Wind drehen. Bovenschulte

redete vor nach gar nicht so langer Zeit auf dem Bremer Marktplatz von Frieden freut sich nun über die Milliarde wie ein Schneekönig beim Interview mit „buten un binnin“, weil jetzt kräftig aufgerüstet wird. Wie tief kann man sinken?

Bereits 2024 hatte das Friedensbündnis Norddeutschland auf die strategische Bedeutung der Häfen für vergangene US-Kriege und mögliche NATO-Kriege hingewiesen. Die jetzt beschlossenen Mittel fließen nicht in die zivile Wirtschaft oder Beschäftigung, sondern ausschließlich in die Kriegsvorbereitung. Ab 2026 sollen erste Investitionen erfolgen, bis 2031 soll Bremerhaven voll für Truppenverlegung und Reparatur militärischer Großgeräte nutzbar sein. Die Rekordsumme ist nicht im Sinne der Bevölkerung in Bremerhaven gedacht, sondern im Gegenteil, zeigt sie die Priorität, die der Bundesrepublik im globalen Machtkonflikt der NATO die Aufrüstung über soziale und wirtschaftliche Bedürfnisse stellt. Bremerhaven, Zentrum des zivilen Exporthandels, wird zum Instrument militärischer Machtprojektion und im Kriegsfall ein erstes militärisches strategisches Vernichtungsziel einer Oreschnik-Rakete. Dann sind der Hafen und große Teile Bremerhavens platt. J.S.

Impressum

BREMER RUNDSCHEA – DKP Bremen | V.i.S.d.P. Gerd-Rolf Rosenberger, Bremen

Kontakt: dkp-bremen@gmx.de | <https://bremen.dkp.de/>

..., weil du faul bist

Der Sozialstaat in dieser Form ist ungerecht, sagt uns die Regierungskoalition aus CDU/CSU/SPD und der zweite Wahl Kanzler Merz präzisiert: „Wir leben seit Jahren über unsere Verhältnisse“. Wen Merz mit wir meint, sind die Arbeitslosen, Bürgergeldempfänger, die Armen, die 50 Totalverweigerer in der BRD, die unser hart erarbeitetes Geld zum Fenster rauswerfen. Die gutbetuchte Klasse der Reichen, wird jetzt mit den Schultern zucken und sagen, „mir doch egal“, wenn der Staat Steuern zum Fenster rauswirft - ich zahl doch gar keine. Dafür habe ich doch den Steuerberater, die Scheinfirma mit Briefkasten in Übersee.

Der BlackRock-Kanzler räumt nun mit der Staatsverschwendug auf. Im Visier die unteren Schichten der werktätigen Klasse, die zum guten Leben eh zu wenig haben. Die sozialreaktionäre Regierung mit *christlichem Weltbild* holt sich das Geld nicht bei denen die welches besitzen, nicht von den 16.000 Steuertotalverweigerern oder massenhaften Steuerbetrügern.

Einer Umfrage der Süddeutschen Zeitung zufolge ist die Zahl der Steuerprüfungen von Unternehmen in den vergangenen zehn Jahren um fast 60 Prozent gesunken. Demnach hätten zuletzt nur noch in 146.516 von insgesamt 8.409.661 Betrieben Überprüfungen stattgefunden (2024).

Nach Berechnungen des Netzwerks Steuergerechtigkeit beträgt die Steuerhinterziehung in Deutschland jährlich über 100 Milliarden Euro. Mit Cum-Ex wurden zum Beispiel 35 Milliarden hinterzogen, 65 Milliarden lässt sich der Staat Subventionen kosten, wie das Dienstwagenprivileg, die Kerosinsteuerbefreiung etc.

Die Vermögenssteuer ist nach wie vor ausgesetzt, warum werden große Erbschaften weniger besteuert als kleine Erbschaften und warum reden ach so *demokratische* VolksvertreterInnen genauso verächtlich und denunzierend über arme Menschen und Migranten, wie Rechtspopulisten und Faschisten? Kaum zu glauben, dass die glauben, wenn sie das menschenverachtende und sozialdarwinistische Weltbild der AfD übernehmen, dass man das neofaschistische Gespenst damit verhindert?

Ja, Herr Merz, Herr Söder, Herr Klingbeil, der Sozialstaat ist ungerecht, weil die nicht zur Kasse gebeten werden, die seit Jahren von diesen Verhältnissen profitieren. Nicht wir leben über unsere Verhältnisse, Nein, es ist die Bourgeoisie, die Klasse der Reichen, der Millionäre und der Milliardäre, die über die Verhältnisse von anderen leben.

Zum Schluss noch zwei Zahlen die die ganze Heuchelei der politischen Kaste und Verwalter des Kapitals wiedergeben:

Bürgergeld: 50 Milliarden Euro

Steuerhinterziehung der herrschenden Klasse: 100 Milliarden Euro.

Fazit: Die Lösung von diesem Problem, ist für einige, aber nur für sehr wenige, nicht angenehm!



Nach der Revolution von 1917 in Russland sagten die Bolschewiki die Feiern von Weihnachten ab, aber es gab immer noch Weihnachtsbaumpartys, bei denen Lenin selbst Kinder mit Geschenken beschenkte.

Die ökonomische Unterdrückung der Arbeiter verursacht und erzeugt unvermeidlich alle möglichen Arten der politischen Unterdrückung und sozialen Erniedrigung, der Verrohung und Verkümmерung des geistigen und sittlichen Lebens der Massen. Die Arbeiter können sich mehr oder weniger politische Freiheit für den Kampf um ihre ökonomische Befreiung erringen, aber keinerlei Freiheit wird sie von Elend, Arbeitslosigkeit und Unterdrückung erlösen, solange die Macht des Kapitals nicht gestürzt ist. Die Religion ist eine von verschiedenen Arten geistigen Joches, das überall und allenthalben auf den durch ewige Arbeit für andere, durch Not und Vereinsamung niedergedrückten Volksmassen lastet. Die Ohnmacht der ausgebeuteten Klassen im Kampf gegen die Ausbeuter erzeugt ebenso unvermeidlich den Glauben an ein besseres Leben im Jenseits, wie die Ohnmacht des Wilden im Kampf mit der Natur den Glauben an Götter, Teufel, Wunder usw. erzeugt. Denjenigen, der sein Leben lang arbeitet und Not leidet, lehrt die Religion Demut und Langmut hienieder und vertröstet ihn mit der Hoffnung auf himmlischen Lohn. Diejenigen aber, die von fremder Arbeit leben, lehrt die Religion Wohltätigkeit hienieder, womit sie ihnen eine recht billige Rechtfertigung ihres ganzen Ausbeuterdaseins anbietet und Eintrittskarten für die himmlische Seligkeit zu erschwinglichen Preisen verkauft. Die Religion ist das Opium des Volks. **Wladimir I. Lenin**

Ärztemangel in Bremerhaven

Die Lösung wird in Aktivierung der RentnerInnen gesucht, statt verstärkt auszubilden

Der Ärztemangel nimmt in Bremerhaven weiter zu. Insbesondere bei den Haus- und Fachärzten wird die medizinische Versorgungslage infolge von Renteneintritten und fehlender Nachfolger verschärft. Es ist zu erwarten, dass sich die Lage zuspitzen wird, da in den nächsten Jahren weitere Mediziner in den Ruhestand treten werden.

Ab Januar 2026 werden 68 Hausärzte in Bremerhaven tätig sein. Der Versorgungsgrad liegt dann bei 92,4 Prozent. Es gilt hierbei zu berücksichtigen, dass nicht jeder Vollzeit arbeitet. Auch weist der Bezirksvorsitzende der Ärztekammer Bremerhaven Dr. Jan Helge Kurschel darauf hin, dass durch Mehrarbeit und Engagement von Ärzten und medizinischen Fachangestellten eine Versorgung gewährleistet wird und: „Das wird von der Politik schonungslos ausgenutzt.“ (Nordsee Zeitung, 13.12.2025)

Ein weiteres Versorgungsproblem gibt es in der Nuklearmedizin. Betroffen sind Patienten, die Schilddrüsen-Untersuchungen brauchen sowie Menschen mit Krebs- und Autoimmunerkrankungen. Es gilt als grundsätzlich schwierig neue Fachkräfte in der Nuklearmedizin zu bekommen. Dies steht jedoch im Gegensatz zu einer großen Nachfrage. Infolge dessen müsse bei den diagnostizierten Erkrankungen priorisiert werden und es sind lange Wartezeiten zu erwarten. Außerdem wird davon ausgegan-



gen, dass Patienten zu Nuklearmedizinern nach Bremen oder in andere Städte geschickt werden müssen.

Um dem Ärztemangel entgegen zu kommen gibt es ein Konzept in Planung namens Doc-Treffs. Dabei bietet ehemaliges medizinisches Personal ehrenamtlich sein Fachwissen an.

Ärztekammer-Chef Kurschel äußert im Sonntagsjournal vom 21.12.2025 seine Bedenken, da es darum geht wie die Haftungsfragen geklärt werden. Es geht um die Absicht, dass Aufklärung und Beratung angeboten werden, aber bei diesem Konzept keine Diagnosen gestellt oder Beratungen durchgeführt werden dürfen.

Die Einhaltung dieser Trennlinie ist ein Problem. Auch könne sich die Arbeit des Doc-Treffs als problematisch erweisen, da Expertisen von ehemaligen Medizinern und Ärztepraxen unterschiedlich ausfallen können. Alternativ wäre es laut Kurschel zielführender ehemalige Ärzte in die Praxen zu holen.

J.S.

Kommunistisches Fazit: Gewerkschafts- und Friedensbewegung könnten miteinander ein Potential entwickeln, das den Alltag von Millionen Menschen verbessert: Nur mit einer Rücknahme aller Kriegskredite und Kriegsschulden kann wieder öffentliches Geld in nicht-militärische Bereiche wie Bildung und Soziales fließen. Nur mit dem Stoppt aller Kürzungen bei der öffentlichen Hand kann die Zerschlagung des Bildungs- und Gesundheitswesens aufgehalten werden.

B.R.

Erklärung der DKP zur Kündigung ihrer Konten

Plötzlich ist das Konto weg

Die Kommunistische Partei hat auf der Homepage ihres Zentralorgans *Unsere Zeit* (UZ) erklärt, dass ihr ihre Konten durch die GLS-Bank gekündigt worden sind. Die Bremer Rundschau - Redaktion bringt dazu einige Auszüge:

Die GLS-Bank hat zum 31. Dezember die Konten des Parteivorstands der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) sowie zahlreicher Gliederungen gekündigt. Vorgeschoben werden die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) und die darin enthaltene Klausel zur Kündigung ohne Angabe von Gründen. Die DKP protestiert scharf gegen dieses offensichtlich politisch motivierte Vorgehen.

Auch Institutionen, die sich wie die GLS-Bank selbst als, alternativ‘ definieren, ziehen sich teilweise in die Schützengräben des reaktionär-militaristischen Gesellschafts-umbaus zurück. *Das ist skandalös, ist aber Teil der laufenden Kriegsvorbereitung*, so Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP.

„Uns bestärkt das darin, den Kampf gegen die Kriegstüchtigkeit und für die Verteidigung demokratischer Rechte zu intensivieren – ebenso unsere internationale Solidarität mit dem sozialistischen Kuba, die uns vor dem Hintergrund der völkerrechtswidrigen Sanktionen zum Vorwurf gemacht wird.“

Rätselhaft bleibt dennoch, was die GLS nach immerhin 40 Jahren gedeihlicher Kontoführung veranlasst hat, die Konten des DKP-Parteivorstands abrupt zu kündigen.

In der fälligen Rückschau stößt man auf einen einzigen besonderen Umstand als mögliche Ursache.

In ihrer Presseerklärung schildert die DKP eine von der GLS als „dringend“ adressierte Abfrage hinsichtlich einer Spendenaktion für Kuba aus dem September. Sind Solidarität mit Kuba oder die Beobachtung der DKP durch den Verfassungsschutz die versteckten Kündigungsgründe? Möglicherweise steht der Vorgang zwar mit den Spenden für Kuba und dem Status als Beobachtungsobjekt in Verbindung, hat aber einen Urheber außerhalb der GLS.

Durch die Kontenkündigung hat die GLS demonstriert, wie schnell und ohne Vorwarnung nicht nur fortschrittliche Einzelpersonen, Verlage und Vereine, sondern auch die Kommunistische Partei von dieser sehr spezifischen Art der politischen Verfolgung bedroht werden kann.

**Stärkt die DKP! Jetzt auf das neue Konto
spenden: DKP-Parteivorstand
Sparkasse Essen, BIC SPESDE3EXXX
IBAN DE21 3605 0105 0003 6306 13**

Die Militarisierung staatlichen Handels findet gegen kritische Personen, Vereine oder Parteien von Bundesbehörden unter Hinweis auf EU/NATO-Richtlinien statt. Die Zunahme militaristischer und revanchistischer Äußerungen aus den Reihen der Rechtskräfte, von Neofaschistischen, AfD bis zur CDU und Teilen der SPD sollen eine geistige Militarisierung des Bewusstseins der Bevölkerung erzeugen.

B.R.

55.000 Schülerinnen und Schüler haben gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht gestreikt.



An vielen Orten bekamen sie Unterstützung von Eltern, Großeltern und Friedensfreunden.

Mehr als 55.000 Schülerinnen und Schüler haben am 5. 12.25 in über 80 Städten gegen das „Wehrdienstmodernisierungsgesetz“ gestreikt, das zeitgleich vom Bundestag verabschiedet wurde. Schülerinnen und Schüler bildeten Streikkomitees. Viele von ihnen haben in den vergangenen Wochen Demonstrationen vorbereitet, Reden geschrieben, Plakate gestaltet, Umfragen durchgeführt und Mitschüler mobilisiert. Die Initiative Schulstreik gegen Wehrpflicht begleitete die Streiks bundesweit. Der bundesweite Aktionstag zeige, wie groß der Widerstand gegen das heute beschlossene Gesetz ist.

Von Kiel bis München, von Göttingen bis Potsdam blieben viele Klassenzimmer leer. „Wir sind beeindruckt davon, wie viele SchülerInnen heute gestreikt haben.“

Das zeigt: Die Schülerinnen und Schüler sprechen sich nicht nur in Umfragen gegen die Wehrpflicht aus, sondern sind bereit, dagegen aktiv zu werden. Sie haben heute Mut bewiesen. Denn sie möchten nicht sechs Monate lernen, zu töten. Sie wollen nicht im Krieg sterben“, erklärte Hannes Kramer, Pressesprecher der Initiative.

Die Teilnehmer streikten trotz Repression und Drohungen von Kultusministerien, Schulleitungen und Versammlungsbehörden. „Sie haben uns mit Fehlzeiten gedroht und versucht, mit Gesprächen einzuschüchtern. Das haben viele auch selbst so erlebt, aber sich entschieden, trotzdem zu streiken“, erzählt G. B. aus Bremen, denn: „Was ist schon ein Gespräch mit dem Schulleiter oder unentschuldigte Fehlstunden im Vergleich zu einem halben Jahr in der Kaserne?“

Die Bremer Kommunistinnen und Kommunisten



Die Bremer Gruppe der Kommunistischen Partei.
Wir organisieren uns gegen Kriegshetze, Ausbeutung & Sozialabbau - für Frieden und Sozialismus [**DKP Bremen**](#)



Die Website der Bremer Gruppe der Kommunistischen Partei.
Infos aus Bremen und Umzu, Positionen der DKP, Termine u.a.
[**DKP Bremen**](#)

Bremer Rundschau



Die Zeitung der Bremer Kommunistinnen und Kommunisten. Erscheint vier bis fünfmal im Jahr mit Bremer und Bremerhavener Themen sowie Politisches aus der BRD. [**Bremer Rundschau**](#)

Flugblätter der DKP Bremen

[**STOP Wehrpflicht**](#)
[**STOP Hochrüstung**](#)
[**STOP Rüstung**](#)
[**STOP Raketenstationierung in Deutschland**](#)

Die Genossen in Bremen-Nord arbeiten mit in der „Initiative Nordbremer Bürger gegen den Krieg“

Jeden Freitag treffen sich die Kriegsgegner zu einem Referat zu einem aktuellen Friedensthema, gefolgt von einem Friedensgedicht und einer Spendenaktion für ein internationales soziales Projekt. Nicht zu vergessen das „Offene Mikro“ und am Ende ein Friedenslied.
Termin: Vor Leffers und wie immer um 17.05 Uhr in Vegesack



Wir kämpfen für eine Welt ohne Ausbeutung und Rassismus, für eine Welt, in der die Menschen und nicht die Konzerne und Bosse das Sagen haben. Für uns ist der Sozialismus die Alternative für die wir kämpfen.

Roter Tisch

Stammtisch im „Hart Backbord“ in Walle, Vegesacker Str. 60 | 19:00h
Der nächste Termin ist am Freitag, 30. Januar 2026

Bezirk Niedersachsen-Bremen

Die DKP Niedersachsen-Bremen ist die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse in Niedersachsen. Die DKP gibt es hier in mehreren Städten und in einigen Städten gibt es Orts- und Betriebsgruppen.